

Das Narrativ des »Blackouts« – diskursive Transformationsschmerzen des fossil-atomaren Systems

Daniel Häfner und Tobias Haas

Einleitung

»Ab 2030 wird es dunkel. Und wahrscheinlich vorher schon. Mag sein, dass es genau diesen Schock braucht, damit sich anstelle von Gefühlen und Moral wieder Verstand in der Politik einstellt. Doch der Preis dafür ist elend hoch.« (Stephan 2021) Dieses düstere Zukunftsszenario, geteilt über die häufig verschwörungsideologisch angehauchte Plattform »Tichys Einblick«, steht exemplarisch für Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit der Energiewende: Dem realen – wenn auch geringen – Risiko eines langanhaltenden Stromausfalls wird eine dystopische Konsequenz zugeschrieben, die auf den *Unverstand* in der Politik zurückzuführen sei.

Verschwörungserzählungen haben im Zuge der Corona-Pandemie an Aufmerksamkeit gewonnen – Teile der Bevölkerung haben sich in die Kommunikationszusammenhänge alternativer Wahrheiten begeben, deren kleinster gemeinsamer Nenner die Opposition gegen die Corona-Maßnahmen ist (vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021). Das gilt auch für die Lausitz, die zudem auf eine ganz spezifische Art von der Energiewende betroffen ist. Dort befindet sich das zweitgrößte Braunkohlerevier in der Bundesrepublik, welches seit Jahrzehnten eine große wirtschaftliche Bedeutung für die Region innehat – und auch wesentlich für die Identität der *Energierregion Lausitz* ist (vgl. Haas 2020). Der Beschluss des Ausstiegs aus der Braunkohleverstromung bis zum Jahr 2038 bietet in der Region sowohl aus ökonomischen als auch identitären Gründen für Teile der Bevölkerung einen Anlass, nach alternativen Wahrheiten *hinter* den politischen Entscheidungen zu suchen.

Wir argumentieren, dass die Narrative rund um den Blackout – also einen großen Stromausfall – als ein Element dystopischer Verschwörungserzählungen zu interpretieren sind (vgl. Häfner 2016; Neupert-Doppler 2021). Zugleich sind es nicht einfach irrationale Argumentationslinien, sondern sie knüpfen an unterschiedliche gesellschaftliche Diskurse und Problemdeutungen rund um die Energiewende an, deren Ursprünge bis in die 1970er Jahre zurückreichen und auch auf strategischen Überlegungen zur politischen Durchsetzung der Atomenergie gründen.

Der Beitrag ist folgendermaßen aufgebaut: Im folgenden zweiten Abschnitt beleuchten wir die Auseinandersetzungen um das Atomprogramm der 1970er Jahre und arbeiten heraus, dass das Konzept der (vermeintlichen) *Stromlücke* ein wesentlicher Baustein war, um Zustimmung zum Atomprogramm zu organisieren. Im dritten Abschnitt zeigen wir auf, dass ab den 1990er Jahren das Konzept des Blackouts, also die Gefahr eines Stromausfalls, gegen die Energiewende und den Ausbau der fluktuierenden erneuerbaren Energien in Stellung gebracht wurde. Dieses Narrativ steht in einem engen Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Energiewende und wird teils auch mit klimaskrupelhaften Positionen verbunden. In den Abschnitten vier, fünf und sechs gehen wir auf die historische und aktuelle Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz ein und zeigen, dass Blackout-Erzählungen, die auch durch den gleichnamigen Roman von Marc Elsberg inspiriert sind (vgl. Bose et al. 2019: 96), einen wichtigen Aspekt in den Auseinandersetzungen darstellen. Wir verorten diese im Kontext der aktuellen Blüte von Verschwörungserzählungen. Der Beitrag wird abgeschlossen durch eine Einordnung der Auseinandersetzungen um die Energiewende sowie der Bedeutung von Diskursen und Perspektiven für den Lausitzer Strukturwandel.

Kämpfe gegen die Atomenergie und die vermeintlich drohende Stromlücke

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm die Elektrifizierung Fahrt auf. Kleine fossile Kraftwerke wurden gebaut, Leitungen verlegt, die Beleuchtung oder Straßenbahnen teilweise auf Strom umgestellt. In der Folgezeit wuchs der Strombedarf kontinuierlich an, immer größere Kraftwerke und damit korrespondierende Infrastrukturen (wie etwa Stromnetze) wurden gebaut. Eine immense Ausweitung des Strombedarfs fand in der Zeit des sogenannten Wirtschaftswunders in der Bundesrepublik Deutschland statt. Der rasante Anstieg des Strombedarfs wurde vor allem durch den Abbau der Steinkohle im Ruhrgebiet gedeckt, zeitweise arbeiteten in der BRD mehr als 700.000 Menschen im Steinkohlebergbau (vgl. Haas/Herberg/Löw Beer 2022: 388). Auch in der DDR wurde die Kohle – und insbesondere die Lausitzer Braunkohle – ein zentraler Energieträger (vgl. Matthes 2000: 54–57) und damit zu einem Garanten für wirtschaftliche Prosperität und Fortschritt. Gleichwohl formierte sich in der BRD bereits in den 1950er Jahren eine Akteurskonstellation aus Wissenschaftlern, Politikern, Industriellen und Gewerkschätern, die sich aus verschiedenen Motiven für den Einstieg in die Atomenergie einsetzten. Dem zugrunde lag eine nahezu euphorische Einschätzung der Atomenergie:

»Zu Beginn der kerntechnischen Entwicklung in der Bundesrepublik herrschte grenzenloser Optimismus. Die Erlangung der vollen Souveränitätsrechte im Jahr 1955 bedeutete den Startschuß für die ersten offiziellen Förderungsmaßnahmen der Atomenergie mit dem Ziel, sie zu einer billigen, problemlosen und quasi unerschöpflichen Energiequelle auszubauen.« (Rucht 1980: 13)

Vor dem Hintergrund der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki sowie auch in Anbetracht der großen Kohlevorräte, die sich zur Stromerzeugung anboten, stellte sich jedoch die Herausforderung, Zustimmung für die Atomenergie zu organi-

sieren. In diesem Zusammenhang waren schon damals Zukunftsprognosen über das Wachstum des Energie- und Strombedarfs hilfreich:

»Den Argumenten der Unternehmen kam die eklatante Fehleinschätzung über eine künftige Energielücke entgegen. Sie wurde nur allzu willig von einflußreichen Wirtschaftsführern, von der 1956 ins Leben gerufenen Fachzeitschrift ›Atomwirtschaft‹ und auch von angesehenen Atomphysikern wie C. F. v. Weizsäcker aufgenommen. So wurde der Bundesrepublik für 1965 ein Fehlbedarf auf dem Energiesektor von 13 % und für 1975 von 19 % vorhergesagt. Auch als diese Prognosen durch ständig wachsende Kohlehalden und die Stilllegung zahlreicher Zechen drastisch widerlegt worden waren, konnte die Atomwirtschaft ihre Interessen wahren, obwohl wenig volkswirtschaftliche Argumente für die Atomenergie sprachen.« (Ebd.: 22)

Im Jahr 1957 wurde der erste Forschungsreaktor in Garching bei München in Betrieb genommen, drei Jahre später das Kernkraftwerk in Kahl. In den Folgejahren wurden immer mehr Reaktoren gebaut. Studien, die von einem stetig ansteigenden Strombedarf ausgingen, dienten dafür als wichtige Legitimation. Der *Mythos* einer Stromlücke wurde dabei von verschiedenen Persönlichkeiten bemüht und verbreitet – wie etwa von Dr. Guck, dem Vorstand des Badenwerks, oder dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Karl Filbinger (CDU) (vgl. ebd.: 36).

Das Konzept der Stromlücke und der damit korrespondierenden Gefahr von Stromausfällen war auch Teil der diskursiven Auseinandersetzungen um das Atomprogramm. Im Jahr 1975, als sich gegen das geplante Atomkraftwerk in Wyhl bei Freiburg starker Protest der im Entstehen befindlichen Anti-Atomkraft-Bewegung formierte, proklamierte der damalige baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger: wenn das Kernkraftwerk Wyhl nicht ans Netz ginge, »dann gehen noch vor 1980 die Lichter aus« (o.A. 1985).

Der Anti-Atomkraft-Bewegung gelang es jedoch, Gegenexpertise aufzubauen, die These der drohenden Stromlücke zu kritisieren und zu widerlegen. So wurde im Jahr 1980 durch eine Szenarien-Analyse des Öko-Instituts der Begriff »Energiewende« geprägt; der vollständige Titel der Arbeit lautet: »Energiewende. Wohlstand und Wachstum ohne Erdöl und Uran« (Krause/Bossel/Müller-Reißmann 1980). Darin wurden alternative Entwicklungsszenarien ohne Atomenergie zur Diskussion gestellt. An einen Ausstieg aus der Kohle war damals auch bei den Umweltbewegten noch nicht zu denken. Gleichwohl wurden bereits in den 1980er Jahren wichtige Grundlagen für die Entwicklung der regenerativen Energieträger gelegt.

Die Gefahr durch Flatterstrom – diskursive Delegitimierung der regenerativen Energien

Zwar waren die Wind- und Solaranlagen in den 1980er und 1990er Jahren noch sehr weit davon entfernt, kostengünstig Strom produzieren zu können, gleichwohl verzeichneten sie sehr schnell große technologische Fortschritte und entsprechende Kostendegressionen. In den 1990er Jahren wurden die erneuerbaren Energien zusehends als Bedrohung für die etablierte fossil-nukleare Energiewirtschaft wahrgenommen. So erklärt sich et-

wa eine ganzseitige Anzeige der Stromwirtschaft in allen großen deutschen Tageszeitungen vom 1. Januar 1993, der zufolge die erneuerbaren Energien auch langfristig nicht mehr als vier Prozent des deutschen Strombedarfs decken könnten. Diese Aussage wiederholte u.a. auch die damalige Bundesumweltministerin Angela Merkel (vgl. von Fabeck 2005).

Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), das auf eine parlamentarische Initiative hin gegen den Widerstand des eigentlich federführenden Bundeswirtschaftsministeriums verabschiedet wurde, wurde dann im Jahr 2000 der Grundstein für den rasanten Ausbau der erneuerbaren Energien gelegt (vgl. Hirschl 2008). Die Argumente der Gegner:innen wandelten sich jedoch. Zwar war weiterhin der Diskursstrang, dass die regenerativen Energieträger nur volatil einspeisen und damit keine Vollversorgung gewährleisten können, prominent in der Debatte. Den wesentlichen Angriffs punkt markierten jedoch zunächst die Kosten der erneuerbaren Energien, die zumindest unter den regulatorischen Rahmenbedingungen in den 2000er Jahren noch deutlich über den fossil-nuklearen Stromerzeugungspreisen lagen.¹ Besonders nach dem Atomunglück in Fukushima 2011, dem Vorziehen des Atomausstiegs und der Bildung einer Grün-Roten Koalitionsregierung in Baden-Württemberg in Verbindung mit massiven Kostendegressionen und dem relativ starken Ausbau der erneuerbaren Energien (insbesondere der Solarenergie) sahen sich die Befürworter:innen der fossil-nuklearen Energiewirtschaft in der Defensive. Entsprechend wurden Kampagnen gestartet, um Zweifel an den erneuerbaren Energien zu säen. Dabei standen neben den vermeintlichen Gefahren für die Versorgungssicherheit die Kosten im Fokus der Kritik. Der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier etwa malte aus, dass die Energiewende bis zu einer Billion Euro kosten könnte. Gleichwohl wurde nicht die Energiewende an sich, sondern das zentrale Instrument des Ausbaus der regenerativen Energien, das EEG, angegriffen. Mittels einer Umlage für die Stromverbraucher:innen (die Industriebetriebe erhielten dank der Besonderen Ausgleichsregelung großzügige Befreiungen) wurde der Ausbau der erneuerbaren Energien finanziert. Daran setzte die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), die vor allem vom Arbeitgeberverband Gesamtmetall finanziert wird, mit ihrer breiten Kampagne »EEG stoppen. Energiewende machen« an. Neben der Installation eines »EEG-Milchmädchenrechners« auf ihrer Homepage schaltete die INSM Anzeigen mit Titeln wie »Hilfe! Die Energiewende wird unbezahlbar«, »Für eine Energiewende ohne räuberische Kosten« oder »Subventionen lassen die Strompreise explodieren«. Flankiert wurde die Kampagne durch Gutachten des RWI Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung und dessen Konzept eines Wettbewerbsmodells Erneuerbare Energien (WEE), welches das EEG ablösen sollte (vgl. Haas 2017: 181-186).

Die Kampagne der INSM ist in einem breiteren Kontext zu verorten. So übte auch der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) mit seinem »Energiewende-Navigator« Druck aus. Im Jahr 2014 stellte der BDI seinen Energiewende-Navigator, der die Energiewende anhand von fünf Kriterien bewertete, zum dritten Mal vor. Der

¹ Dies gilt jedoch nur, wenn man die Ewigkeitslasten der Atomenergie und die massiven sogenannten externen Kosten der fossilen Energieträger, etwa in Form von Kohlendioxidemissionen, nicht einkalkuliert.

damalige BDI-Präsident Ulrich Grillo mahnte: »Im dritten Jahr der Energiewende droht vor allem die Wirtschaftlichkeit aus dem Ruder zu laufen. [...] Die Energiekosten dürfen nicht noch weiter steigen.« (BDI 2014) Die Kritik zielte darauf ab, den Ausbau der regenerativen Energieträger zu verlangsamen und weiterhin auf Kohle als den zentralen Energieträger in der Stromproduktion zu setzen. Dazu wurden neben Aspekten der Versorgungssicherheit insbesondere die vermeintlich hohen Kosten des Ausbaus der regenerativen Energieträger hervorgehoben; die ökonomische Wertschöpfung der Branche und die Zahl der geschaffenen Arbeitsplätze im Erneuerbare-Energien-Sektor spielten demgegenüber in der Argumentation meist keine Rolle.

Doch auch die Gefahr eines Blackouts wurde durch Gegner der Energiewende (manchmal sind es auch Gegnerinnen, aber sowohl der Klimaskeptizismus als auch das Ausbremsen der Energiewende werden vorwiegend von Männern betrieben) immer wieder bemüht. Ein prominenter Zweifler an den Möglichkeiten einer Vollversorgung auf Basis erneuerbarer Energien ist Hans-Werner Sinn. Der mittlerweile emeritierte Professor und frühere Leiter des Münchener ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung hat bereits 2008 in seinem Buch »Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik« (Sinn 2008) das Europäische Emissionshandelssystem gegen die deutsche Energiewende und das EEG in Stellung gebracht. Im Jahr 2017 argumentierte er, dass in Deutschland Wind- und Solarstrom (den er als »Zappelstrom« bezeichnet) nicht mehr als die Hälfte der Stromerzeugung abdecken könnten. Solche Hypothesen äußerte er sowohl über das ifo-Institut als auch im Rahmen von Vorträgen bei Vernunftkraft (dem Dachverband der Initiativen gegen Windenergie) sowie beim Europäischen Institut für Klima- und Energiepolitik (EIKE) mit Sitz in Jena. Das EIKE wurde im Jahr 2007 gegründet und ist ein Zusammenschluss überwiegend älterer Herren mit akademischem Hintergrund, die den menschengemachten Klimawandel anzweifeln und inzwischen viele personelle Verbindungen zur AfD unterhalten (jedoch finanzierte auch die FDP-nahe Friedrich-Naumann-Stiftung bereits Veranstaltungen des Instituts; weiterhin haben einzelne Mitglieder von EIKE auch Verbindungen zur CDU/CSU und zur FDP) (vgl. Götze/Joeres 2020).

Es gibt also Netzwerke, in denen grundsätzliche Kritik an der Energiewende bzw. dem Ausbau erneuerbarer Energien geübt wird. Wesentliche Argumente sind, dass regenerative Energien zu teuer wären und darüber hinaus die Gefahr eines Blackouts zunähme, wenn der Anteil an Zappelstrom stiege. Diese Kritik, die durchaus auf reale Herausforderungen verweist (etwa die volatile Einspeisung von Wind- und Sonnenstrom), wird meist von unrealistischen Zukunftsszenarien (etwa die in den 1990er Jahren verbreitete Falschinformation, nur vier Prozent des Strombedarfs könnten über erneuerbare Energien gedeckt werden, sowie das 2017 von Hans-Werner Sinn postulierte Maximum von 50 Prozent) flankiert. Weiterhin wird häufig der menschengemachte Klimawandel angezweifelt – denn wenn dieser nicht nachweisbar wäre, fiele ein wesentliches Argument für den Ausbau der erneuerbaren Energien weg (vgl. dazu auch den Beitrag von Teune in diesem Band). Dabei wird auf Argumentationsmuster zurückgegriffen, die im Wesentlichen von US-amerikanischen Think-Tanks entwickelt wurden, um Zweifel sowohl am Klimawandel selbst als auch an klimapolitischen Maßnahmen zu streuen (vgl. Conway/Oreskes 2012; Franta 2022).

Diese klimaskeptischen Argumentationslinien treten verdichtet in der Braunkohle-region Lausitz auf – einem Revier mit langer identitätsstiftender Tradition der fossilen Energieindustrie. Dort werden die Argumente insbesondere im Diskurs um den Black-out und auch im Zusammenhang mit Verschwörungsmythen artikuliert.

Die historische Bedeutung der Braunkohle im Lausitzer Revier

Um die Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz zu verstehen, ist es wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass in der Region bereits seit Jahrhunderten Braunkohle gefördert wird. Durch den Verlust der Steinkohleminen in Schlesien nach dem Ersten Weltkrieg und die Nutzung von Großtechniken gewann der Rohstoff Braunkohle in den 1920er Jahren zunehmend an Relevanz. So erreichte das Kraftwerk Trattendorf im Jahr 1922 seine letzte Ausbaustufe und das erste Dorf Neu Laubusch/Nowy Lubuš wurde 1924 für den Braunkohletagebau zerstört (devastiert), da große mechanische Abraum-Förderbrücken den großflächigen oberirdischen Braunkohleabbau möglich machten.²

Die zur Verfügung stehenden Braunkohlereserven und deren Förderung ermöglichten den Aufbau weiterer Industriezweige wie etwa der Aluminiumindustrie. Die Stromgewinnung auf Basis der Braunkohle ermöglichte eine – von der Energiequelle ausgehende – relativ dezentrale Industrialisierung der Lausitz. Die Bedeutung der Braunkohle stieg in der DDR rapide an und die Industrialisierung der Lausitz wurde weiter forciert. Im Jahr 1988 stammten rund 81 Prozent des DDR-Stroms aus der Braunkohleverstromung und 9,5 Prozent aus Atomkraft (vgl. Mez/Jänicke/Pöschk et al. 1991).

Der Ausbau des Kohlekombinates ab 1959 führte zu einer starken Arbeitsmigration in die Lausitz und war als Zeichen des Fortschritts positiv besetzt; so trug etwa der Bezirk Cottbus den Namen »Bezirk für Kohle und Energie«. Die Region fungierte mittels Kohleverstromung und -vergasung als Rückgrat der DDR-Energieversorgung. In besonders kalten Wintern, wenn die wasserhaltige Braunkohle in den Tagebauen und Kohlezügen festgefroren war, wurde der »Winterkampf« ausgerufen – bspw. im Jahr 1978/79. Die Bergarbeiter und die bewaffneten Organe der DDR kämpften im wahrsten Sinne des Wortes um die Strom- und Wärmeversorgung des realsozialistischen Staates. Soldaten der DDR und der Sowjetunion sowie Bereitschaftspolizisten wurden bei zeitweise minus 30 Grad eingesetzt, um einen Blackout zu verhindern. Diese entbehrungsreiche Sicherung der Energieversorgung war und ist bis heute bedeutend für die Identität des Lausitzer Reviers. In einem Artikel der kostenlosen Wochenzeitung Cottbuser Wochenkurier aus dem Jahr 2019 wird die anhaltende Bedeutung des Winterkampfs folgendermaßen beschrieben:

»Wer vor 40 Jahren etwas von der Dramatik des Kampfes um Licht und Wärme mitbekam, verbittet sich noch heute, die Arbeitsstätten der Kohle- und Energiearbeiter

² Dem devastierten Ort sollten noch rund 87 Dörfer und 49 Ortsteile folgen (vgl. Archiv verschwundener Orte 2010).

als ›Dreckschleudern‹ zu bezeichnen. Die Ereignisse vor 40 Jahren sind ein Teil des Stolzes und des Lebensgefühls der Lausitzer.« (o.A. 2019a)

Von der politischen Wende bis zum Strukturwandel

Nach dem Ende der DDR kam es zu einem starken Rückgang der Braunkohleförderung. Aufgrund der veralteten und ineffizienten Technologien und des starken Einbruchs der Stromnachfrage in den ostdeutschen Bundesländern wurden einige Anlagen modernisiert und die Förderung zugleich stark gedrosselt. Die Zahl der Stellen ging von rund 80.000 im Jahr 1990 auf 8.000 direkt auf die Braunkohleförderung bezogene Arbeitsplätze im Jahr 2015 zurück, die Fördermengen von rund 200 Millionen Tonnen reduzierten sich auf aktuell rund 60 Millionen Tonnen (vgl. Ragnitz et al. 2022).

Der objektiv beobachtbare Rückgang der ökonomischen Bedeutung der Braunkohle wurde ideologisch und kommunikativ von großen Teilen der regionalen politischen Eliten nicht aufgenommen. Debatten und damit einhergehende Visionen für die Zukunft der Lausitz nach der Braunkohle konnten sich deswegen kaum entfalten. Vielmehr wurde von einer breiten Akteurskonstellation die Braunkohle als unverzichtbar und alternativlos für die Lausitz dargestellt (vgl. Haas 2020: 156–163).

Um die absehbare Beendigung der Braukohleverstromung zu verhindern und um ein Gegengewicht gegen die Öffentlichkeitsarbeit der Umweltverbände und der von Abaggerung bedrohten Dörfer zu schaffen, gründete sich im Jahr 2011 der Verein »Pro Lausitzer Braunkohle«.³ Vorstandsmitglieder waren zunächst regionale Politiker:innen verschiedener Parteien (CDU, SPD, DIE LINKE). Die Auseinandersetzung um die Zukunft der Braunkohle nahm durch den Verein neue Fahrt auf. Er sammelte im Jahr 2013 rund 68.000 Unterschriften für die Schaffung des neuen Tagebaus »Welzow Süd II« und die Devastierung des Dorfes Proschim – die Umweltverbände sammelten 120.000 Unterschriften dagegen. Neben der Betonung positiver Effekte der Braukohleverstromung versuchte der Verein ab diesem Zeitpunkt zunehmend, die Proteste gegen die Braunkohle zu delegitimieren: die Zukunftsvorstellungen einschlägiger Akteure seien unrealistisch bis nicht existent, es fehle ihnen an Legitimation und im Falle eines Kohleausstiegs drohe der Verlust der Energiesicherheit. Exemplarisch dafür steht eine Pressemitteilung aus dem Jahr 2015:

»Grüne Ideologen wollen die Lausitz abschaffen! Das politische Gezerre ums Braunkohle-Aus für die Lausitz zeigt immer deutlicher, wie stark grüne Ideologen ohne Zukunftskonzepte die Medien und die öffentliche Meinungsmache in unserem Land prägen.« (Pro Lausitzer Braunkohle e.V. 2015)

In dieser Argumentation, die starke Anknüpfungspunkte an und für Verschwörungserzählungen beinhaltet, zeigt sich ein wiederkehrendes Deutungsmuster: Die Braunkoh-

³ Zwischen 1977 und 1983 gründeten sich rund zehn Pro-Kernenergie-Initiativen in der BRD, welche als Vorbilder für die Gründung der Pro-Braunkohle-Initiativen in Nordrhein-Westfalen und der Lausitz gesehen werden können (vgl. Häfner 2016: 33). Die Pro-Kernenergie-Initiativen existieren allesamt nicht mehr, ihre Spuren verlieren sich Mitte der 1980er Jahre.

leverstromung in der Lausitz solle demnach von außen aufgrund irrationaler Ideologien beendet werden; damit würde die Deindustrialisierung Deutschlands vorangetrieben. Auf Initiative des Vereins gründete sich die bundesländer- und parteiübergreifende Lausitzrunde (www.lausitzrunde.com). Dieser gehören mittlerweile 56 Vertreter:innen verschiedener Gebietskörperschaften an. Noch im Jahr 2016 verkündete die Lausitzrunde, »dass die modernen konventionellen Kraftwerke der Lausitz für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung in Deutschland in jedem Fall mindestens bis zum Jahr 2050 gebraucht werden« (o.A. 2016).

Der 2019 durch die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung ausgearbeitete Vorschlag für einen Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2038 wurde im Jahr 2020 durch zwei Bundesgesetze weiter konkretisiert: das Kohleausstiegsgesetz und das Strukturstärkungsgesetz (vgl. Löw Beer et al. 2021). Im Zuge dessen kam es in weiten Teilen der regionalen politischen Eliten u.a. in der Lausitzrunde, zu einer strategischen Neuausrichtung. Zum einen wurde die Kohleförderung und -verstromung nicht länger als unverzichtbar dargestellt, zum anderen wurde dazu übergegangen, die Chancen des Strukturwandels zu betonen. Dies geht auch darauf zurück, dass mit dem Ausstiegsbeschluss umfangreiche Strukturhilfen von insgesamt bis zu 40 Milliarden Euro für die betroffenen Regionen gesetzlich verankert wurden. Gleichwohl hat sich die Lausitzrunde, als im Rahmen der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl im Jahr 2021 über einen früheren Kohleausstieg bis zum Jahr 2030 verhandelt wurde, gegen ein Vorziehen des Kohleausstiegs ausgesprochen:

»Die Lausitzrunde hält an der Tatsache fest, dass es keinen Ausstieg vor 2038 geben darf – nicht, weil wir für die Kohleverstromung sind, sondern weil der Weg zum Strukturwandel neben Ideen, Geld, Motivationen der Menschen eben auch Zeit braucht.« (Lausitzrunde 2021)

Dennoch wird der Braunkohleausstieg insgesamt mittlerweile auch durch die Lausitzrunde getragen. So erklärte Birgit Zuchold (SPD), Bürgermeisterin von Welzow und langjährige Befürworterin des Tagebaus Welzow-Süd II, im Kontext der durch den Ukraine-Krieg angestoßenen energiepolitischen Debatte im Mai 2022: »Ich will es schwarz auf weiß sehen, dass das Teilstück II definitiv vom Tisch ist« (Siegel 2022) sowie ihre Absicht, sich dafür per Brief an den grünen Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Robert Habeck, zu wenden. Dies ist ein deutliches Zeichen, dass mit Blick auf die Braunkohle eine Neuausrichtung der politischen Eliten in der Lausitz stattgefunden hat.

Widerstände gegen den Braunkohleausstieg und Blackout-Erzählungen

Von weiten Teilen der Bevölkerung wurde und wird diese kohlepolitische Neuausrichtung aber (noch) nicht mitgetragen: »Die Befürwortung des Kohleausstiegs ist nur gering ausgeprägt. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) der Lausitzer unterstützt das Ziel des Kohleausstiegs bis 2038. Knapp die Hälfte (49 Prozent) der Bevölkerung in der Region lehnt den Kohleausstieg ab« heißt es, basierend auf einer Umfrage aus dem

Jahr 2020, im Lausitz Monitor (2020) (für Ergebnisse zu Einstellungen der Menschen im Rheinischen Revier vgl. Momberger/Bieckmann in diesem Band).

Auch Teile der Belegschaft des Lausitzer Braunkohleunternehmens LEAG stehen dem anstehenden Kohleausstieg mit Skepsis entgegen. Ängste vor einem Blackout sind bei einem nennenswerten Teil der Mitarbeiter:innen verankert (vgl. auch den Beitrag von Marg/Kuhlmann in diesem Band). Auf der Basis einer Befragung von Beschäftigten der LEAG fassen Bose et al. (2019: 96) die Sichtweisen der Interviewten folgendermaßen zusammen:

»Als Folge von Importen könnte es zu geopolitischen Abhängigkeiten von osteuropäischen Ländern und hier vor allem vom Erdgaslieferanten Russland kommen. Noch greifbarer ist für manche die Gefahr eines sogenannten Blackouts, also mehr oder minder weiträumiger Stromausfälle durch Versorgungsengpässe. Kaum jemand unter den Befragten weiß nicht mehr oder minder dramatische Geschichten eines Blackouts zu erzählen. Andere schildern Katastrophenszenarien, die der Zusammenbruch des Stromnetzes mit sich bringen würde. Mit einem gewissen Zynismus wünscht man der verantwortungslosen Politik geradezu einen Blackout, weil das die Verantwortlichen zum Aufwachen bewegen könne.«

Insofern zeigt sich, dass das Narrativ eines Blackouts und die damit verbundenen dystopischen Zukunftsvorstellungen durchaus in Teilen Anklang finden. Die vermeintlichen Folgen eines solchen weitreichenden Stromausfalls wurden im Jahr 2019 durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle auch im regionalen Familien- und Elternmagazin »lausebande« skizziert: »Ein großflächiger Blackout verursacht auch in Deutschland eine Katastrophe vom Ausmaß eines Bürgerkriegs mit Plünderungen und vielen Toten.« (o.A. 2019b: 83)

Das Beharren auf der Braunkohleverstromung reicht historisch weit zurück und ist tief verankert in den Lebenswelten vieler Lausitzer:innen. Die der Braunkohle zugeschriebene Bedeutung lässt sich von der Zeit der DDR über die politische Kommunikation des Großteils der politischen Eliten (u.a. in der Lausitzrunde) nachzeichnen. Die Aus- und Verhandlung des Braunkohleausstiegs in der Lausitzer Öffentlichkeit rekurriert dabei neben dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der historisch gewachsenen Identität der Lausitz als fossile Energieregion auch auf die mit der Abkehr von der Kohleverstromung (vermeintlich) einhergehende Gefahr eines Blackouts, wie sie auch durch Teile der Gewerkschaften und die populistische Zuspitzung durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle in den letzten Jahren verstärkt bemüht wurde. Das Motiv eines ideologisch motivierten Eingriffs in die Lausitz von *aufßen* und des daraus folgenden Blackouts wird, gemeinsam mit verschiedenen anderen gesellschafts- und wissenschaftskritischen Narrativen, auch häufig als Teil von Verschwörungserzählungen artikuliert. Diskursiv wurde damit das Feld bereitet für (rechts-)populistische Akteure, die sich als Verteidiger des einfachen Volkes gerieren. In diese Diskursformation werden auch klimaskeptische Positionen integriert. So lud der Mitgründer des Vereins Pro Lausitzer Braunkohle Klaus-Peter Schulze (CDU), der damals auch Mitglied des Deutschen Bundestags war, im Mai 2018 den u.a. auch beim EIKE aktiven Klimawandel-Leugner Patrick Moore zum Vortrag ein (vgl. Wendler 2018). Der Vorsitzende des Pro Lausitzer Braunkohle e.V., der ehemalige Richter Wolfgang Rupieper (SPD), posierte mit Moore

für ein Foto und bezeichnete seine Thesen als »Anregung« für alle »Gutgläubigen« (vgl. Götze 2019).

Vergleichbare Positionen zum Klimawandel, zum Kohleausstieg und damit auch zur Energiewende und dem Strukturwandel in Gänze finden sich parteipolitisch am deutlichsten bei der AfD. Die Erzählung des *großen Stromausfalls* koinzidiert mit anderen (rechtsoffenen) Verschwörungsmythen sowie technischen und sozialen Dystopien. Gegen die *grüne Ideologie*, wie sie auch durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle konstruiert wurde, positioniert sich die AfD als politische Kraft, die für die Interessen der Lausitz kämpfe. In einem Kulturkampf geht die Partei, so drückte es der damalige Vorsitzende Jörg Meuthen aus, gegen das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland« (von Lucke 2016) vor. Im Wahlkampf des Jahres 2021 wurde den Parteimitgliedern und Wähler:innen der Grünen unterstellt, sie wollten eine Ökodiktatur errichten und an der Zerstörung des Industriestandortes Deutschland arbeiten (vgl. Huesmann 2021).

Auffällig ist hier die narrative und inhaltliche Nähe der Positionen von Pro Lausitzer Braunkohle und der AfD: beide kritisier(t)en grüne Ideologien und die daraus folgende Zerstörung der Industrie. Die Argumente für die Fortsetzung der Braunkohleverstromung in der Lausitz sind nahtlos anschlussfähig an Narrative des Blackouts, an Elemente der Klimawandelleugnung und Positionen der AfD. Über die AfD findet schließlich auch die Rückbindung an die Nutzung der Kernenergie statt – zur Verhinderung möglicher Blackouts (vgl. AfD 2021), wie von den frühen Advokaten der Atomenergie beschworen – wenngleich immerhin diese energiepolitische Position von LEAG-Beschäftigten als irrational eingeschätzt wird (vgl. Bose et al. 2019: 106). Auf einer AfD-nahen Internetseite heißt es, die Grünen hätten unter der Kanzlerschaft Angela Merkels ihre ureigenen Projekte erfolgreich vorangestellt:

»Atomausstieg, Kohleausstieg, die Demontage der sicheren und bezahlbaren Stromversorgung durch ›Energiewende‹ und die unsinnige Subventionierung von Flatterstrom aus Windkraft und Photovoltaik« (Conservare Communication 2021).

Auf der Webseite des »Deutschland-Kurier«, einer AfD-nahen Gratiszeitung mit Online-Angebot, befassen sich mehr als 20 Artikel mit dem Thema des Blackouts. Schon die Überschriften machen die vermeintlich zukünftig Schuldigen klar: »›Grüne‹ Gefahr Blackout: Die Frage ist nicht mehr OB, sondern WANN!« oder »Blackout legt Dresden lahm: Der ›grüne‹ Energiewende-Irrsinn lässt schon mal grüßen!«. Zwar stand der Stromausfall in der Sächsischen Landeshauptstadt im September 2021 in keinerlei Zusammenhang mit der Energiewende, in verschwörungsideologischer Manier lässt sich dennoch schlussfolgern: »ob ›Anschlag‹, ›Zufall‹, ›Unfall‹ oder was auch immer: Die Dresdner haben jedenfalls einen ersten Vorgeschnack dessen bekommen, was bald ganz Deutschland infolge des ›grünen‹ Energiewende-Irrsinns blühen dürfte« (o.A. 2021). Unbeirrt von den tatsächlichen Ursachen des Stromausfalls wurde dieser genutzt, um staatliches Handeln durch eine dystopische Fehlkontextualisierung zu delegitimieren.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Die (zukünftige) Energieversorgung ist ein gesellschaftlich umkämpftes Projekt, im Zuge dessen Diskursen und Zukunftsvorstellungen große Relevanz zukommt (vgl. Radtke/Renn in diesem Band). In diesen Auseinandersetzungen, so haben wir in diesem Beitrag aufgezeigt, spielt das Konzept des Blackouts eine bedeutende Rolle. Die Gefahr eines großen Stromausfalls wurde zu unterschiedlichen Zeiten von unterschiedlichen Akteuren ausgemalt, um damit die Ausrichtung der Energiepolitik zu beeinflussen. Der Kampf um die Energiewende in der Lausitz wurde dabei prominent durch den Verein Pro Lausitzer Braunkohle geführt (der sich inzwischen in »Pro Lausitz« umbenannt hat), dessen Forderungen und Positionen überregional indes nur wenig politische Resonanz fanden (vgl. Häfner 2016). Der Verein bediente sich auch deshalb ab 2015 zunehmend einer populistischen Argumentation, die überregional anschlussfähig sein sollte. Das Konzept des Blackouts hat so in der Lausitz, deren Identität stark mit der Braunkohle verknüpft ist (vgl. Haas 2020), eine relativ breite Resonanz erfahren. Es wird diskursiv verbunden mit dem Motiv einer durch äußere Mächte gefährdeten Lausitz und damit anschlussfähig gemacht an verschiedene Verschwörungserzählungen, die im Zuge der Corona-Pandemie eine Blüte erlebt haben (vgl. Frei/Schäfer/Nachtwey 2021).

Durch den Krieg in der Ukraine bekommt die Frage der Sicherheit der Energieversorgung in Deutschland und Europa eine neue Qualität, denn Russland ist ein bedeutender Lieferant von Öl, Gas und Steinkohle. Gleichwohl scheint die Sicherheit der Stromversorgung in Deutschland durch den Krieg kaum gefährdet zu sein – auch, weil in etwa die Hälfte des Verbrauchs durch erneuerbare Energien gedeckt wird. Versorgungsengpässe drohen jedoch im Bereich der Gasversorgung, welche für den Stromsektor keine zentrale Rolle spielt. Allerdings wird momentan (Stand: Juli 2022) trotzdem darüber diskutiert, die verbliebenen Atomkraftwerke etwas länger laufen zu lassen, um in Anbetracht eines drohenden Lieferstopps aus Russland Gas einzusparen, welches dann für andere Verwendungszwecke – insbesondere Heizung und für Industrieprozesse – zur Verfügung stünde. Gleichermaßen gilt für die Braunkohlekraftwerke.

Ungeachtet des Krieges gegen die Ukraine und der damit verbundenen neuen Unsicherheiten bezüglich der Energieversorgung stellt sich für die Lausitz die Herausforderung, die mit dem Braunkohleausstieg verbundenen Chancen zu nutzen. Dafür ist es unerlässlich, dass Zukunftsperspektiven unter der Beteiligung der lokalen Bevölkerung entwickelt werden (vgl. Herberg et al. 2020). Wesentlich hierfür ist es zu kommunizieren, dass die Braunkohleverstromung in absehbarer Zeit enden wird (vgl. Häfner 2016) und dass mit dem Strukturwandel erhebliche Möglichkeiten verbunden sind, anstatt das diskursive Feld für Verschwörungsmärkte zu verbreitern.

Die regionalen politischen Eliten müssen die Chancen eines selbstbestimmten Strukturwandels stärker betonen; erste Ergebnisse sollten zeitnah sichtbar (gemacht) werden. Sie treffen dabei aber auf eine Bevölkerung, die – wie in ganz Ostdeutschland – durch negative Erfahrungen im Rahmen von Transformationsprozessen geprägt und darüber *veränderungsmüde* geworden ist. Insofern muss der Strukturwandel auch deshalb gelingen, um die Bevölkerung für Gestaltungsprozesse der Transformation (zurück) zu gewinnen (vgl. hierzu auch Marg und Kuhlmann in diesem Band). Dann verlieren verschwörungsökologische Narrative ihre soziale Bindewirkung.

Literatur

- AfD, Alternative für Deutschland (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Online verfügbar unter: https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2021/06/20210611_AfD_Programm_2021.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Archiv verschwundener Orte (2010): Dokumentation bergbaubedingter Umsiedlung, Eigenverlag: Forst/Horno.
- BDI, Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (2014): »Der Erfolg der Energiewende ist in akuter Gefahr«. Online verfügbar unter: <https://bdi.eu/artikel/news/der-erfolg-der-energiewende-ist-in-akuter-gefahr/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Bose, Sophie/Dörre, Klaus/Köster, Jakob/Lütten, John/Dörre, Nelson/Szau, Armin (2019): »Braunkohleausstieg im Lausitzer Revier. Sichtweisen von Beschäftigten«, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.), Nach der Kohle. Alternativen für einen Strukturwandel in der Lausitz (=STUDIEN 4/2019), Berlin, S. 89-112.
- Conservare Communication (2021): Industrizerstörung: Die »Grünen« machen Deutschland zum Zurückentwicklungsland. Online verfügbar unter: <https://gruen-er-mist.de/industrizerstroerung>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Conway, Eric M./Oreskes, Naomi (2012): Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming, London: Bloomsbury.
- Fabeck, Wolf von (2005): Merkels Vorurteile gegen Erneuerbare Energien. SFV, Solar-energie Förderverein Deutschland e.V. Online verfügbar unter: <https://www.sfv.de/lokale-mails/wvf/vorurtei>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Franta, Benjamin (2022): »Weaponizing economics: Big oil, economic consultants, and climate policy delay«, in: Environmental Politics 31, S. 555-575.
- Frei, Nadine/Schäfer, Rob/Nachtwey, Oliver (2021): »Die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen. Eine soziologische Annäherung«, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 34, S. 249-258.
- Götze, Susanne (2019): »Das darf nicht wieder vorkommen«. Steuerfinanzierte Klimawandelleugnung in Brandenburg«, in: Der Spiegel vom 09.12.2019. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/brandenburg-sieht-kein-problem-in-steuerfinanzierte-klimaleugnung-a-1300406.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Götze, Susanne/Joeres, Annika (2020): Die Klimaschmutzlobby: Wie Politiker und Wirtschaftslenker die Zukunft unseres Planeten verkaufen, München: Piper-Verlag.
- Haas, Tobias/Herberg, Jeremias/Löw-Berl, David (2022): »From carbon democracy to post-fossil capitalism? The German coal phase-out as a crossroads of sustainability politics«, in: Sustainability: Science, Practice and Policy 18, S. 384-399.
- Haas, Tobias (2020): »Die Lausitz im Strukturwandel. Der Kohleausstieg im Spannungsfeld zwischen autoritärem Populismus und progressiver Erneuerung«, in: Prokla 50, S. 151-170.
- Haas, Tobias (2017): Die politische Ökonomie der Energiewende. Deutschland und Spanien im Kontext multipler Krisendynamiken in Europa, Wiesbaden: Springer VS.

- Häfner, Daniel (2016): »Pro Kernkraft, pro Braunkohle – Initiativen von oben?«, in: Daniel Häfner (Hg.), Konzern. Macht. Protest. Über gesteuerte Bürgerinitiativen (=Materialien Nr. 16), Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung, S. 33-38.
- Herberg, Jeremias/Kamlage, Jan-Hendrik/Gabler, Julia/Goerke, Ute/Gürtler, Konrad/Haas, Tobias/Löw Beer, David/Luh, Victoria/Knobbe, Sonja/Reinermann, Julia/Staemmler, Johannes/Venghaus, Sandra (2020): Partizipative Governance und Nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier. Online verfügbar unter: https://publications.ias-potsdam.de/rest/items/item_6000304_1/component/file_6000305/content. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Hirschl, Bernd (2008): Erneuerbare Energien-Politik, Wiesbaden: Springer VS.
- Huesmann, Felix (2021): »AfD-nahe Firma startet Schmutzkampagne gegen die Grünen«, in: RedaktionsNetzwerk Deutschland vom 11.08.2021. Online verfügbar unter: <https://www.rnd.de/politik/afd-nahe-firma-startet-negativkampagne-gegen-die-gruenen-im-wahlkampf-2RXQDIPIBAEZGWDDXMKOEB4KA.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Krause, Florentin/Bossel, Hartmut/Müller-Reißmann, Karl-Friedrich (1980): Energiewende. Wachstum und Wohlstand ohne Erdöl und Uran, Frankfurt a.M.: Fischer Verlag.
- Lausitz Monitor (2020): Ergebnisse 2020. Online verfügbar unter: <https://lausitz-monitor.de/ergebnisse-2020/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Lausitzrunde (2021): Schreiben der LAUSITZRUNDE an die neuen Koalitionäre der Bundesregierung. Online verfügbar unter: <https://www.lausitzrunde.com/index.php/aktuelles/107-brief-an-die-neue-regierung>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Löw Beer, David/Gürtler, Konrad/Herberg, Jeremias/Haas, Tobias (2021): »Wie legitim ist der Kohlekompromiss? Spannungsfelder und Verhandlungsdynamiken im Prozess der Kohlekommission«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 393-416.
- Lucke, Albrecht von (2016): »Gegen >68: Grün-Schwarz und der Kulturmampf der AfD«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 16, S. 5-8. Online verfügbar unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2016/juni/gegen-68-gruen-schwarz-und-der-kulturmampf-der-afd>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Matthes, Felix (2000): Stromwirtschaft und deutsche Einheit: eine Fallstudie zur Transformation der Elektrizitätswirtschaft in Ost-Deutschland, Norderstedt: BoD – Books on Demand.
- Mez, Lutz/Jänicke, Martin/Pöschk, Jürgen (1991): Die Energiesituation in der vormaligen DDR, Berlin: Edition Sigma.
- Neupert-Doppler, Alexander (2021): »Green New Deal als Ende der freien Gesellschaft? Zur dystopischen Gegenmobilisierung der AfD«, in: Prokla 51, S. 115-130.
- o.A. (1985): »Lichter aus«, in: Der Spiegel vom 29.12.1985. Online verfügbar unter: <https://www.spiegel.de/politik/lichter-aus-a-de256d1d-0002-0001-0000-000013517405>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- o.A. (2016): »Forderung der Lausitzrunde. »Die Braunkohle muss als Brücke mindestens bis 2050 reichen«, in: Niederlausitz aktuell vom 20.09.2016. Online verfügbar unter: <https://www.niederlausitz-aktuell.de/niederlausitz/64011/forderung-der-la>

- usitzrunde-die-braunkohle-muss-als-bruecke-mindestens-bis-2050-reichen.html
 . Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- o.A. (2019a): »Jahreswechsel 78/79: Lausitzer Revier versinkt im Schnee. Vor 40 Jahren«, in: WochenKurier vom 04.01.2019. Online verfügbar unter: <https://www.wochenkurier.info/themen/thema/cottbuser-geschichten/artikel/jahreswechsel-78-79lausitzer-revier-versinkt-im-schnee>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- o.A. (2019b): »Kleine Klimaschule Lektion 4: Versorgungssicherheit«, in: lausebande. Das Familien- und Elternmagazin vom September 2019, Cottbus: zwei Helden GmbH.
- o.A. (2021): »Blackout legt Dresden lahm: Der ›grüne‹ Energiewende-Irrsinn lässt schon mal grüßen!«, in: Deutschland-Kurier vom 14.09.2021. Online verfügbar unter: <https://deutschlandkurier.de/2021/09/blackout-legt-dresden-lahm-der-gruene-energiewende-irrsinn-laesst-schon-mal-gruessen/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Pro Lausitzer Braunkohle e.V. (2015): Grüne Ideologen wollen die Lausitz abschaffen!. Online verfügbar unter: https://www.pro-lausitz.de/index.php/aktuelle_nachrichten/gruene-ideologen-wollen-die-lausitz-abschaffen.html. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Ragnitz, Joachim/Markwardt, Gunther/Schwartzkopff, Julian/Reitenstein, Alexander/Wehnert, Timon/Kurwan, Jenny/Beutel, Jannis (2022): Analyse des historischen Strukturwandels in der Lausitz. (Fallstudie), Dessau-Roßlau. Online verfügbar unter: https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/7946/file/7946_Strukturwandel_Lausitz.pdf. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Rucht, Dieter (1980): Von Wyhl nach Gorleben: Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung, München: C.H. Beck.
- Siegel, Jan (2022): »Preisexpllosion bei Strom und Gas. Was die Energiekrise für das Kraftwerk Jänschwalde und den Tagebau Welzow bedeutet«, in: Lausitzer Rundschau vom 18.05.2022. Online verfügbar unter: <https://www.lr-online.de/lausitz/cottbus/presexpllosion-bei-strom-und-gas-was-die-energiekrise-fuer-das-kraftwerk-jaenschwalde-und-den-tagebau-welzow-bedeutet-64472215.html>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Sinn, Hans-Werner (2008): Das grüne Paradoxon. Plädoyer für eine illusionsfreie Klimapolitik, Berlin: Econ Verlag.
- Stephan, Cora (2021): »Auf dem Weg zum Blackout«, in: Tichys Einblick. Das liberal-konservative Meinungsmagazin vom 05.10.2021. Online verfügbar unter: <https://www.tichyseinblick.de/kolumnen/stephans-spitzen/blackout/>. Zuletzt aufgerufen am 05.09.2022.
- Wendler, Simone (2018): »Zweifler am Klimawandel durch den Menschen in Cottbus«, in: Lausitzer Rundschau vom 22.05.2018.